

Kurzprogramm der ÖDP zur Europawahl 2019

in der Fassung vom 06. Mai 2018

Europa fußt auf jüdisch-christlichen und humanistischen Werten. Die europäische Politik muss sich deshalb im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung und damit der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen.

1. Wir sind überzeugte Europäer!

Wir bekennen uns zur Europäischen Union (EU). Jedoch muss sie demokratisch gestaltet werden und der kulturellen Vielfalt verpflichtet sein.

Gegenwärtig führen Bürgerferne und mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeiten zu einer schwindenden Identifikation vieler Bürger mit der EU.

Die jetzt gültigen EU-Verträge weisen erhebliche Mängel auf. Durch sie geben wir wesentliche Teile der Demokratie und der Sozialpolitik auf und können sogar ungewollt in militärische Aktionen verwickelt werden.

Vor allem leiden die Europäischen Institutionen (Europäischer Rat, EU-Parlament, Kommission, Ministerrat u.a.m.) unter einem Mangel an demokratischer Legitimation und Transparenz.

Gerade weil wir von der europäischen Idee überzeugt sind, halten wir eine tiefgreifende Reform der EU für dringend erforderlich. Nur so kann die Europäische Union stabilisiert und fortentwickelt werden.

Unser Ziel ist eine Europäische Union, die die kulturellen und sprachlichen Eigenarten sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der einzelnen Völker und Regionen respektiert und fördert.

Wir unterstützen die Entwicklung der EU von einer bloßen Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einem Staatenverbund freier, sich vorrangig selbst regierender Völker unter Beachtung der gemeinsamen europäischen Werte.

Die Achtung der Menschenrechte, der Prinzipien eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats und einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft müssen als die entscheidenden Kriterien sowohl für die Reform und die innere Entwicklung der EU als auch für weitere EU-Beitritte gelten.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Einführung verbindlicher europaweiter Volksbegehren und Volksentscheide.
- Ein einheitliches Wahlrecht für das Europäische Parlament - ohne Sperrklauseln.
- Transparente, demokratisch legitimierte EU-Institutionen.

- Für das Europäische Parlament die grundlegenden Rechte eines demokratischen Parlaments.
 - Das Recht, Gesetze selbst zu formulieren statt nur über die Vorlagen der EU-Kommission abzustimmen.
 - Das Recht, über die Einnahmen und Ausgaben der EU für die ihr zugewiesenen Zuständigkeiten mitzubestimmen.
 - Das Recht, Kommissare vorzuschlagen und zu entlassen.
- Kontrolle der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament
- Beschränkung der Zuständigkeit der EU: Was auf der Ebene der Kommunen, der Regionen oder der Mitgliedsstaaten sinnvoll geregelt werden kann, soll nicht an die EU übertragen werden.
- Europarecht darf bestehendes nationales Recht in einzelnen Mitgliedsstaaten in keinem Fall verschlechtern.
- Transparenz durch ein umfassendes europäisches Recht auf Informationsfreiheit.

2. Für solide Staatshaushalte und eine faire Finanzmarktordnung

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist Basis allen künftigen Wohlstands. Soziale Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für gesellschaftlichen Frieden. Ein guter Ordnungsrahmen der Marktwirtschaft ermöglicht die wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung der Menschen.

Die herrschende neoliberale Wirtschaftsdeologie räumt stattdessen dem Kapital und seiner Vermehrung Vorrang vor den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen ein. Sie nimmt den Raubbau an den natürlichen Ressourcen und die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Kauf. Und sie entkoppelt die wirtschaftlichen Aktivitäten von ihrem eigentlichen Zweck: dem Leben und dem Gemeinwohl zu dienen.

Diese Wirtschaftsdeologie bestimmt auch das Finanzgebaren der EU-Mitgliedsstaaten und die Finanzordnung im Euro-Raum.

In der bis heute nicht völlig überwundenen Banken- und Staatsschuldenkrise von 2007 zeigen sich die Anfälligkeit dieses kapitalistischen Systems, die Fehlsteuerungen durch abgekoppelte Finanzmärkte und die problematische Konstruktion der Euro-Währungsunion.

So führten die Bankenrettung und die schockartigen Auflagen der Troika dazu, dass zahllosen Menschen in Europa Lebensunterhalt, Gesundheitsversorgung und Obdach genommen wurde.

Viele der Maßnahmen bezwecken zudem die Privatisierung von Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Öffentlichem Dienst. Sie führen zu immer weiterer Vermögenszusammenballung und undemokratischer Machtübertragung auf die EU.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Der Euro als gemeinsame Währung soll erhalten bleiben.

- Bargeld muss erhalten bleiben.
- Geschäfts- und Investmentbanken sind zu trennen. Leerverkäufe sind zu verbieten.
- Verbot von Spekulationsgeschäften für Geschäftsbanken.
- Bankenrettung auf Staatskosten darf es nicht mehr geben.
- Das EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen ist zu beenden.
- Im Falle eines Staatsbankrotts müssen bei den Verhandlungen mit den Gläubigern die im Schuldnerland geltenden Grund- und Menschenrechte die Hauptkriterien für Höhe und Verteilung der Schuldenreduzierung sein. Nach der Resolution der Unovollversammlung vom 10.09.2015 hat der Schuldnerstaat dabei das Letztentscheidungsrecht über seine Schuldenreduzierung.
- EU-weite Mindeststeuersätze für Unternehmensgewinne und Privateinkommen sind vorzuschreiben, um legale Steuervermeidungskonstruktionen zu unterbinden. Ebenso sind die Rechnungslegungsstandards für die Gewinnermittlung in der EU zu vereinheitlichen.
- Innereuropäische Steueroasen sind umgehend und konsequent auszutrocknen. Gewinne sind grundsätzlich in den Ländern zu versteuern, in denen sie erwirtschaftet werden.

3. Wohlstand ohne Wachstumszwang – globale Verantwortung

Wir setzen uns für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft ein, die ihren Namen verdient. Die gegenwärtige neoliberale Marktwirtschaft ist weder ökologisch noch sozial. Sie setzt einseitig auf Wirtschaftswachstum und hohe Kapitalrenditen. Sie führt zu wiederkehrenden Finanzmarktkrisen, Umweltzerstörung, sozialen Verwerfungen und sie vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich.

Die ÖDP bekennt sich zu Ideen der Postwachstumsökonomie und dem Grundsatz „Weniger ist mehr!“. Wir wollen mit weniger materiellem Aufwand gutes Leben für alle ermöglichen. Unser Ziel ist die Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Eine Angleichung der Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltstandards.
- Europaweit ein ausreichendes Grundeinkommen für Personen, die über kein eigenes Einkommen verfügen können. Dazu zählen für uns u.a. Kinder, Erziehende, Pflegende, Rentner/innen und Erwerbsunfähige. Die Höhe eines ausreichenden Grundeinkommens muss jeweils in den einzelnen Nationalstaaten an deren volkswirtschaftlichen Gegebenheiten ausgerichtet sein. Konkrete Rahmenbedingungen sollen Zu- und Abwanderungsströmungen verhindern. Ausdrücklich abgelehnt wird von der ÖDP ein bedingungsloses Grundeinkommen.
- Mindestschutz der Arbeitnehmerrechte entsprechend den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO (International Labour Organization).

- Unternehmen, die in sozialer und ökologischer Hinsicht das Gemeinwohl in besonderem Maße verfolgen und die Menschenrechte achten, sollen gefördert werden.
- Dezentrale, kleinteilige Strukturen sollen gefördert werden, wo immer es sinnvoll ist.
- Das europäische Kartellrecht ist zu verstärken und konsequent durchzusetzen, um die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht zu Lasten des Gemeinwohls zu unterbinden.
- Regionalisierung statt Ausweitung des Welthandels, um die Transportkosten und Umweltbelastungen zu verringern und die Stabilität in Krisen zu stärken. Nicht Abschottung ist dabei das Ziel, sondern ein Handel, der sich am sozialen und ökologischen Nutzen orientiert.
- Handelsabkommen dürfen Gemeinden und Regionen nicht hindern, gezielt lokale Wirtschaftskreisläufe zu fördern, z.B. durch Vergabe öffentlicher Aufträge.
- Die öffentliche Daseinsvorsorge muss wirkungsvoll vor kommerziellen Verwertungsinteressen geschützt werden. Der Zugang zu sauberem Wasser, gesunder Nahrung, angemessenem Wohnraum, Energie, Kommunikation, Transport, Bildung, Gesundheit und Kultur darf von Handelsverträgen nicht beeinträchtigt werden.
- Die Beendigung von Subventionen für gesundheitsschädigende und umweltbelastende Techniken.
- Die Beendigung versteckter Subventionen wie kostenlose Emission von Schadstoffen in Luft, Wasser und Böden, von Licht und Lärm in die Umwelt. Nur Kostenwahrheit in diesem Bereich schafft faire Wettbewerbsbedingungen für verantwortlich wirtschaftende Unternehmen.
- Die Festlegung fairer internationaler Handels- und Dienstleistungsregeln (z.B. entsprechend den Forderungen des Alternativen Handelsmandates) und die kompromisslose Einforderung dieser Regeln bei allen EU-Verhandlungen über Handelsverträge.

4. Umweltzerstörung macht nicht an Staatsgrenzen halt

Wirtschaft ohne Ökologie und ohne soziales Handeln ist Raubbau an unseren Lebensgrundlagen. In einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft müssen die Preise für Produkte sämtliche Kosten einbeziehen. Dazu gehören auch Kosten für Schäden durch Umweltzerstörung und zunehmende Klimaextreme. Die Verursacher müssen für die von ihnen verursachten Schäden in vollem Maße zur Rechenschaft gezogen werden. Nur so lassen sich Umweltschäden und soziale Verwerfungen vermeiden.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Konsequente Umsetzung der in der EU vorhandenen Abkommen und Richtlinien zum Umweltschutz.
- Keine Blockade von Umweltschutzmaßnahmen aufgrund der Forderung nach freiem Wettbewerb und Wirtschaftswachstum.

- Entschiedenem Gewässerschutz.
- Beendigung der Überfischung und der Vermüllung der Meere wie etwa durch Radioaktivität, Giftstoffe, Plastik und Mikroplastik.
- Forschung und Maßnahmen zur Sanierung der Weltmeere.
- Konsequente Abfallvermeidung und Recycling.

5. Konsequenter Tierschutz

Der Stellenwert des Tierschutzes in Europa ist weiterhin gering: Millionen von Tieren werden für Versuche gequält, durch ganz Europa und sogar weit darüber hinaus transportiert und vor allem in der industriellen Intensivtierhaltung nicht tiergerecht gehalten. Der Grundsatz, dass Tiere fühlende Wesen sind und ihnen keine vermeidbaren Schmerzen oder Leiden zugefügt werden dürfen, wird mit Füßen getreten. Wir brauchen im Umgang mit Tieren einen Bewusstseinswandel: Tiere sind keine Ware! Tiere wirksam zu schützen, muss ein anerkannter Teil der Kultur- und Rechtsordnung eines vereinten Europa werden.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Aufnahme von Tierrechten in die EU-Verträge.
- Transporte von lebenden Nutztieren nur über kurze Distanzen. Keine Lebend-Schlachttransporte nach außerhalb der EU, solange die Einhaltung der in Europa gültigen Mindeststandards dort nicht garantiert werden kann.
- Intensive Förderung bereits verfügbarer und Entwicklung weiterer tierversuchsfreier Forschungsmethoden.
- Verbot von quälerischer Tierhaltung und aller physisch oder psychisch quälerischen und leidvollen Experimente und Handlungen an und mit Tieren.
- Verbot gentechnischer Manipulationen von Tieren, aber auch von Qualzucht mit konventionellen Zuchtmethoden.
- Verbandsklagerecht der anerkannten Tierschutzverbände.

6. Landwirtschaft ist die Basis unseres Lebens

Die Landwirtschaft wurde innerhalb weniger Jahrzehnte von einer bäuerlichen Kreislaufwirtschaft zu einer industriellen Rohstoff-„Produktion“ für Nahrungsmittelindustrie und Energieerzeugung umgebaut.

Die Subventions-, Freihandels- und Wettbewerbspolitik der EU ließ den Landwirten kaum eine Wahl - und hat sie immer mehr von Subventionen, von der chemischen Industrie sowie von Öl- und Futtermiteleinflüssen abhängig gemacht. Davon profitieren vor allem große, intensiv wirtschaftende Betriebe. Kleinere Familienbetriebe bleiben oft auf der Strecke. Wir wollen diese Entwicklung stoppen. Unser Ziel ist eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft mit weitgehend regionaler Vermarktung statt Weltmarktorientierung.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Die Koppelung der Subventionen an eine ökologische Wirtschaftsweise.
- Die Begrenzung der Tierhaltung durch Bindung an hofnahe Fläche, das bedeutet maximal 2 GV (Großvieheinheiten) pro Hektar.
- Naturnahe Waldwirtschaft.
- Ein Verbot der Agro-Gentechnik und von Patenten auf Leben.
- Den Stopp von Flächenverbrauch zu Lasten des Lebensmittelanbaus.
- Erarbeitung und Umsetzung einer EU-Strategie zum Erhalt der natürlichen Gemeingüter wie Bodenfruchtbarkeit, Gewässer, Artenvielfalt.
- Einleiten einer konsequenten und vollständigen Umstellung auf den Öko-Landbau bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Stärkung der Landwirte.
- Deutlich mehr Gelder für Forschungen in der Bio-Landwirtschaft.

7. Verbraucherschutz betrifft alle Lebensbereiche

Belastete Nahrungsmittel, Tierseuchen, Pollenflug genmanipulierter Pflanzen – all das endet nicht an nationalen Grenzen. Daher ist Verbraucherschutz auch eine europäische Aufgabe. Sie betrifft alle Lebensbereiche von der Lebensmittelherstellung über den Internethandel und das Reisevertragsrecht bis zum Mobilfunk.

Besonders die Auswirkungen des digitalen Wandels in zahllosen Bereichen wie z.B. im elektronischen Zahlungsverkehr stellen eine riesige Herausforderung für Politik und Verbraucherschutzbehörden dar.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Verbot von Glyphosat und aller Totalherbizide.
- Verbot von Anbau und Import gentechnisch veränderter Pflanzen und Lebensmittel.
- Bis zum Inkrafttreten des Verbots: Eindeutige Kennzeichnung sämtlicher Produkte aus gentechnisch verändertem Material.
- Kennzeichnungspflicht für alle Lebensmittel-Inhaltsstoffe mit Angabe des Herstellers und des Herstellungsortes.
- Weitere Verminderung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierhaltung u.a. durch mehr Aufklärung und effektiverer Kontrollen.
- Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung.
- Senkung der Strahlengrenzwerte für Mobilfunk, Handys und andere Funksysteme auf anerkannte Vorsorgegrenzwerte.
- Behebung der Defizite beim Datenschutz und Verbesserung der Sicherheit bei der Nutzung digitaler Angebote.
- Einführung eines EU-einheitlichen, verbraucherfreundlichen Vertragsrechts.
- EU-weites Klagerecht der Verbraucherverbände und Zulassung von Sammelklagen.

8. Verkehr vermeiden und umweltverträglich gestalten

Die Strukturierung und Gestaltung der Lebensräume ist zu häufig noch am Auto als alleinigem Fortbewegungsmittel orientiert und mindert so die Lebensqualität.

Die bedrohliche Erdüberhitzung und die fortwährende Zerschneidung und Zerstörung von Lebensräumen erfordern in der Verkehrspolitik ein konsequentes Umdenken.

Die Mobilitätsanforderungen der Zukunft lassen sich nicht über immer mehr Autos, LKWs und Straßen bewältigen, sondern durch die Kombination konsequenter Verkehrsvermeidung mit dem gezielten Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger, indem alle Verkehrsarten mit ihren tatsächlichen Kosten belastet werden. Zu diesen Kosten zählen auch Umweltverschmutzung und Folgeschäden.
- Anreize zur Entwicklung sparsamerer, umweltverträglicherer Fahrzeuge und Verkehrssysteme.
- Förderung von Verkehrsvermeidung und Verkehrsminderung.
- Umbau des Transportwesens vom Autoverkehr hin zu öffentlichen Systemen auf der Basis erneuerbarer Energien.
- Drosselung des Luftverkehrs, v.a. von Inlandsflügen.
- Kerosin- und Flugbenzinbesteuerung, Nachtflugverbot von 20-6 Uhr, keine EU-Subventionierung für Neu- und Ausbau von Flughäfen.

9. Umfassende Energie- und Ressourcenwende

Mittel- und langfristig gibt es keine Alternative zu einer umfassenden Wende hin zu Erneuerbaren Energien – sowohl für Deutschland wie für ganz Europa und auch global.

Eine umfassende Energiewende hat Strom, Wärme und Verkehr im Blick. Sie setzt nicht allein auf Erzeugung aus erneuerbaren Quellen und auf Speicherung, sondern auch auf effiziente Nutzung und auf Reduzierung von Verbrauch.

Eine europäische Energieversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Quellen ist möglich und notwendig.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Beendigung des Euratom-Vertrages und unverzüglichen EU-weiten Atomausstieg.
- Für Atomkraftwerke eine Haftpflichtversicherung, die auch die Kosten einer möglichen Reaktorkatastrophe abdeckt.

- Mindestbesteuerung aller fossilen Primärenergieträger.
- Umbau der Energiesysteme auf dezentrale erneuerbare Energien in Bürgerhand und Ende der Förderung fossiler Ressourcen bis spätestens 2035, Braunkohle bis 2025.
- Schaffung eines Erneuerbare-Energien-Vertrages und Förderung erneuerbarer Energien.
- Forcierte Entwicklung umweltverträglicher, effizienter Speichertechnologien.
- Verbot von Fracking und vergleichbar umweltschädlichen Fördermaßnahmen.
- Kohlenstoffeinlagerung durch Humusaufbau z.B. in nachhaltig bewirtschaftetem Grünland als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.
- Verbot der künstlichen Speicherung von CO₂ im Boden.
- Entwicklung eines EU-weiten Ressourcenbudget-Systems

10. Mindeststandards in der Sozial- und Familienpolitik

Die EU braucht gemeinsame soziale Mindeststandards, wenn sie mehr als eine neoliberal ausgerichtete Freihandelszone sein will.

Sozialpolitik und Familienpolitik bleiben aber im Verantwortungsbereich der Mitgliedsländer.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Soziale Mindeststandards, die für alle Mitgliedsländer verbindlich sind.
- Jedes EU-Mitgliedsland muss daher für ein eigenes stabiles Sozialsystem sorgen. Allerdings müssen die Sozialsysteme die unterschiedlichen historisch gewachsenen Verhältnisse berücksichtigen.
- Zugleich erfordert die Freizügigkeit zwischenstaatliche Regelungen, um die nationalen Systeme miteinander verträglich zu machen.
- Jedes EU-Mitglied hat dafür zu sorgen, dass das System der Jugend- und Alterssicherung weder zur Diskriminierung von Eltern noch von Kinderlosen führt.
- Jedes Mitgliedsland hat ein ausgewogenes Verhältnis sozialer Lasten zwischen den Generationen anzustreben. Bei Geburtendefizit dürfen daraus sich ergebende Finanzierungsprobleme bei der Alterssicherung nicht auf die nachfolgende Generation abgewälzt werden. Nur so kann ein nachhaltiges Sozialsystem erreicht werden.
- Das Elternrecht darf nicht durch gesetzlich unterschiedliche Behandlung einzelner Erziehungsformen unterlaufen werden. Selbst- und Fremdbetreuung müssen daher finanziell gleichbehandelt werden.
- In jedem Mitgliedsland sind die Bürgerinnen und Bürger gemäß ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung von Sozialleistungen und öffentlichen Aufgaben heranzuziehen. Einer weiteren Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich und zwischen Eltern und Nicht-Eltern ist entgegenzutreten.

11. Arbeitsmigration

Die extrem unterschiedlichen Lebensverhältnisse innerhalb der EU und weltweit führen zu Arbeitsmigration. Diese hat neben erwünschten auch negative Folgen wie Lohndumping und Schwarzarbeit, wachsende Konkurrenz im Niedriglohnssektor und um bezahlbaren Wohnraum, Ghattobildung und soziale Schieflagen.

Zur Vermeidung dieser negativen Konsequenzen braucht die Arbeitsmigration klare Rahmenbedingungen.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

... für die Arbeitsmigration aus EU-Staaten:

- Enge Auslegung der Werkvertragsregelung, damit sie nicht mehr zur Umgehung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung genutzt werden kann.
- Einhaltung der Umwelt-, Sozial- und Beschäftigungsstandards (einschließlich Mindestlohn) des Mitgliedsstaates, in dem die Dienstleistung erbracht wird, als Voraussetzung für die Zulassung eines Unternehmens zur Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen.

... und für die Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Staaten:

- Die Schaffung eines Zuwanderungsgesetzes, das faire Chancen auf legale Zuwanderung in die EU bietet, aber nicht zu einer übermäßigen Abwanderung gut qualifizierter Fachkräfte aus den Herkunftsländern führt.

12. Bekämpfung von Fluchtursachen - Humane Asyl- und Flüchtlingspolitik

Flucht und Migration - vor allem in die benachbarten Länder - haben viele Ursachen: Kriege und Bürgerkriege (häufig unter Einsatz deutscher Waffen), Verfolgung aus religiösen Gründen, Misswirtschaft und Korruption sowie Klimawandel, die Freihandelsabkommen und die Folgen der Lebens- und Wirtschaftsweisen der Industrienationen.

Da den Flüchtlingen die normalen Reisemöglichkeiten verwehrt sind, bedienen sie sich oft eines gut organisierten Schlepperwesens, um unter Gefahr für Leib und Leben durch Afrika und über das Mittelmeer nach Europa zu kommen.

Aufgrund unserer Mitverantwortung für Fluchtursachen sind die Gewährung von Asyl und die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention ein unverzichtbarer Akt der Menschlichkeit. Abschottung nach dem Motto „Festung Europa“ lehnen wir ab.

Wer hilft, darf nicht überfordert werden. Daher muss das Dublin-Verfahren grundlegend reformiert werden, damit weder die Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen übermäßig belastet werden noch die bevorzugten Zielländer in der Mitte und im Norden Europas. Wir brauchen eine Politik, die über Grenzen schaut und Verantwortung für das Entstehen gerechter Strukturen in der Welt übernimmt. Eine solche Politik vermindert Konflikte und vermeidet, dass sich Menschen auf die Flucht begeben.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Fluchtursachen abbauen:
 - Umwandlung aller Handelsverträge in Fairhandelsverträge
 - Hilfe zur Selbsthilfe sowie Wiedergutmachung in den Krisengebieten
 - Sparsamer und effizienter Umgang mit Rohstoffen
 - keine Rüstungsexporte außerhalb der EU
- Größtmögliche Angleichung und einheitliche Standards für Asylverfahren.
- Menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen und in den Aufnahmestaaten.
- Faire Verteilung der Aufnahmequoten unter den Mitgliedsstaaten und faire Aufteilung der finanziellen Belastungen.
- Schaffung von Möglichkeiten, außerhalb der Grenzen der EU-Staaten einen Asylantrag für die EU stellen zu können.
- Bekämpfung des Schlepperwesens durch Eröffnung sicherer und legaler Fluchtwege.
- Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen für Kontingentflüchtlinge, bis eine Rückkehr ins Heimatland möglich ist.
- Ausweitung der Resettlementprogramme in Zusammenarbeit mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR.
- Mehr finanzielle Hilfen für die Flüchtlingslager außerhalb der EU.
- Anerkennung von Klimaflüchtlingen.
- Schaffung oder Ausbau von dauerhaften Perspektiven für abgelehnte Asylbewerber in deren Heimatländern.

13. Lebensschutz und Bioethik

Die Ehrfurcht vor allem Leben und der Grundsatz der unantastbaren Würde menschlichen Lebens lenkt den Blick auf die aktuell diskutierten Probleme am Beginn des menschlichen Lebens (Abtreibung, Pränatale Diagnostik) und an seinem Ende (Sterbehilfe, Organspende), aber auch auf Gentechnologie, Klonen, Stammzellen- und Embryonenforschung.

Durch neue biochemische Techniken zur Zerschneidung und Veränderung von Genen kann das Erbgut von Menschen, Pflanzen und Tieren verhältnismäßig einfach und effizient verändert werden.

Die von der Medizin bzw. Gentherapie darauf gesetzten Hoffnungen gehen einher mit schlimmsten Befürchtungen vor Wildwuchs und Missbrauch auch zu kriminellen Zwecken.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Lebensbejahende Strategien zur Senkung der europaweit hohen Abtreibungszahlen.
- Bedarfsgerechter Ausbau der Palliativversorgung sowie ausreichende Finanzierung der Hospizstationen und –dienste.
- Keine Patentierung und wirtschaftliche Ausbeutung von pflanzlichem, tierischem und menschlichem Erbgut.
- Schaffung eines europäischen Embryonenschutzgesetzes.
- Verbot des Klonens und irreversibler Eingriffe in die menschliche Keimbahn.

14. Bürgerrechte, Datenschutz und Innere Sicherheit

Der Wegfall der Binnengrenzen, ein Dschungel von Subventionen und unklare Zuständigkeiten erleichtern Kriminalität und Korruption sowie die Vernetzung von rechts- und linksextremistischen Vereinigungen und terroristischen Organisationen. Staatliche Gegenmaßnahmen sind auf europäischer Ebene so anzulegen, dass den Erfordernissen der Ermittlungsarbeit und des Datenschutzes gleichermaßen Rechnung getragen wird.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Ausbau von Europol, um gegen organisierte Kriminalität wie Menschenhandel, Organraub und Erpressung, und gegen internationale Terrornetzwerke wirksam vorzugehen.
- Entschiedene Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, insbesondere mafiöser Strukturen, auch im internationalen Kontext.
- Keine Aufweichung des Datenschutzes durch Freihandelsabkommen.
- Verbot jedweder Überwachung ohne konkreten Verdachtsmoment - Ausnahmen nur nach richterlicher Anordnung.
- Abschöpfung illegaler Gewinne und Ausschluss korrupter Unternehmen von öffentlichen Aufträgen.
- Einübung friedlicher Konfliktbewältigung in Schulen, Medien und Politik.

15. Außen- und Verteidigungspolitik

Die EU versteht sich zwar als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, setzt aber außenpolitisch ihre Interessen eigennützig durch.

So erlaubt der EU-Vertrag zur „Konfliktverhütung“ und „Krisenbewältigung“ sogar Angriffskriege. Auch zur „Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen“, z.B. zur Sicherung von Ölquellen, kann eine militärische „Mission“ durchgeführt werden. Über Kriegseinsätze und militärische Aufrüstung entscheidet der Ministerrat aus den Verteidigungsministern der Mitgliedstaaten. Er tagt hinter verschlossenen Türen. Weder das Europäische Parlament noch der Deutsche Bundestag können dort gefasste Entscheidungen ändern.

Die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik der EU (GASP) kann vom Europäischen Gerichtshof nicht überprüft werden.

Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- Die gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) muss ausschließlich auf den Frieden ausgerichtet sein. Sie muss Konflikten vorbeugen, in Konfliktsituationen friedliche Lösungen suchen und humanitäre Hilfe anbieten.
- Sie hat sich der UN-Charta unterzuordnen: Kein Militäreinsatz ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrats.
- Statt völkerrechtlich fragwürdige „humanitäre Interventionen“ zu unterstützen, soll sich die EU für die konsequente Einhaltung des Völkerrechts und die konsequente Anwendung des Völkerstrafrechts einsetzen.
- Die Mitgliedsstaaten sollen sich auf schrittweise Abrüstung und auf die Beschränkung von Rüstungsexporten auf EU- und NATO-Staaten verpflichten.
- Sie sollen gemeinsam auf den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland und auf die vollständige atomare Abrüstung Frankreichs und Großbritanniens dringen.
- Sie sollen sich für ein weltweites Verbot von Atomwaffen einsetzen, wie es mittlerweile mehr als 122 Staaten in den UN fordern.
- Der EU-Vertrag muss so abgeändert werden, dass Kriege der EU um Öl und Rohstoffe und zur Sicherung von Handelswegen verboten werden.

Vision

Wir stehen vor einer tiefgreifenden weltweiten Umgestaltung (Transformation). Die zerstörerische und ausbeuterische Wirtschafts- und Lebensweise der Gegenwart muss beendet werden. Ressourcen- und Energiewende, Agrar- und Mobilitätswende sind umzusetzen und das Artensterben ist zu stoppen. Die Gerechtigkeitslücken sind wieder zu schließen.

Europa soll diese in der Menschheitsgeschichte beispiellosen Veränderungen friedlich meistern und anderen Weltregionen ein positives Beispiel sein.

Dafür setzen wir uns ein und bieten dazu unser politisches Programm an.

Nicht links, nicht rechts, sondern weit voraus: ÖDP.